

13/15

15

[1634 März 7.]

B

BEGEHREN DER GESANDTEN DER KATH. ORTE UND DES ABTES VON SANKT
GALLEN [PIUS REHER] AN DEN FRANZ. KOENIG [LUDWIG XIII.]

Rott/Représentation IV 2, 99

Gesandte : Heinrich Reding, Beat II. Zurlauben, Jost Bircher

Absicht der Gesandten sei es, den König, als Erstgeborenen der kath. Kirche, um Abhilfe all jener Widerwärtigkeiten und Leiden zu bitten, die den Katholiken von Seiten der Neugläubigen widerfahren würden.

Alsdann flehen sie den König an, nicht nur einen allgemeinen Frieden herbeizuführen, sondern auch die eidg. Orte untereinander zu versöhnen. Der König möge daher die neugläubigen Orte veranlassen, dem Beispiel der katholischen zu folgen und ihre alten Bündnisse und Verträge treu zu halten. Im besonderen aber sollte er sie anhalten, wegen der Sicherheit der Rheinübergänge und des Bodensees Lindau und Konstanz zu schützen und unter keinen Umständen in die Hände der Schweden gelangen zu lassen. Sollten nämlich die beiden Städte fallen und die neugläubigen Orte ihre Waffen mit denen der Schweden vereinigen, dann würde dies nicht allein den Untergang der kath. Orte bedeuten, sondern auch die Sache des Königs arg gefährden.

Wie gross die Gefahr für den kath. Glauben tatsächlich sei, erzeige der Ausspruch eines Gesandten Zürichs, der an einer Tag-satzung öffentlich verkündet habe, der gegenwärtige Krieg sei keine Auseinandersetzung zwischen Staaten sondern zwischen Religionen. So sei die mit Sicherheitsvorkehrungen begründete Abriegelung der Durchgangsstrassen für die neugläubigen Orte bloss ein Vorwand, um ihnen die Zufuhr lebensnotwendiger Waren abschneiden zu können.

Auch bitten die Gesandten, das in franz. Diensten stehende Garderegiment möge stets und ausschliesslich in Frankreich, keines-

falls aber offensiv gegen die mit den Orten verbündeten Fürsten eingesetzt werden.

Weiter möge der König den sie verleumdenden Feinden kein Gehör schenken, wisse er doch, in ihnen seine besten Verbündeten zu haben.

Beim Durchzug durch die Eidgenossenschaft müssten sich die königlichen Truppen wieder vermehrt an die alten Regelungen halten. Was schliesslich die Auszahlung der Pensionen, Zinsen etc. anbelange, begehre man, dass der König wieder die alte bis 1616 gepflogene Ordnung einführe. So könne es jedenfalls unmöglich weitergehen, seien doch viele um die Krone verdiente Familien durch das Ausbleiben der ihnen zustehenden Gelder ruiniert worden oder zumindest in schwere Bedrängnis geraten.

Die zu Gunsten der Obersten und Hauptleute erlassenen königlichen Edikte müssten, damit sich deren Realisierung nicht so lange hinauszögere, von den Parlamenten schneller registriert werden. Den Studenten seien die seit zwei Jahren schuldigen Stipendien auszurichten. Die Ausgaben hiefür seien schliesslich im Vergleich zum Nutzen, den der König von gut gebildeten jungen Leuten davontrage, gering.

Schliesslich verlangen die Gesandten auch eine vertragskonforme Behandlung der Kaufleute. Die alten Rechte und Privilegien würden von den Fermiers täglich verletzt. Besonders stossend seien in diesem Zusammenhange die häufigen Konfiskationen von Gütern, von Geld und Gold abgedankter Offiziere und Soldaten. Dem allem könnte leicht abgeholfen werden, wenn die Orte - wie dies unter Heinrich IV. und noch bis 1618 der Fall gewesen sei - einen eigenen sprachenkundigen Agenten am Hofe hätten. Die Krone müsste diesem freilich die gleiche Besoldung entrichten wie ehemals dessen Amtsvorgänger.

Abschliessend geben die Gesandten der Hoffnung Ausdruck, man werde ihren Begehren - zumal sie in nichts ungebührlich seien - rasch und vollumfänglich stattgeben.